

Endgültige Bedingungen⁵

Erste Group Best Garant Österreich (die Schuldverschreibungen)

begeben aufgrund des

Equity Linked Notes Programme

der

Erste Group Bank AG

Erstausgabekurs 100,30 %

Begebungstag: 13.09.2013⁶

Serien-Nr.: 5

Tranchen-Nr.: 1

⁵ Schuldverschreibungen mit einer festgelegten Stückelung von mindestens Euro 100.000 (bzw. dem entsprechenden Gegenwert in einer anderen Währung) werden im Folgenden als **Wholesale-Schuldverschreibungen** bezeichnet. Schuldverschreibungen mit einer festgelegten Stückelung von weniger als Euro 100.000 (bzw. dem entsprechenden Gegenwert in einer anderen Währung) werden im Folgenden als **Retail-Schuldverschreibungen** bezeichnet.

⁶ Der Tag der Begebung ist der Tag, an dem die Schuldverschreibungen begeben und bezahlt werden. Bei freier Lieferung ist der Tag der Begebung der Tag der Lieferung.

WICHTIGER HINWEIS

Diese Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 5 (4) der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003, in der durch die Richtlinie 2010/73/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 geänderten Fassung, abgefasst und müssen in Verbindung mit dem Equity Linked Notes Basisprospekt (der "**Prospekt**") über das Equity Linked Notes Programme (das "**Programm**") der Erste Group Bank AG (die "**Emittentin**") vom 18.07.2013 (einschließlich des Nachtrags zum Prospekt vom 12.08.2013) gelesen werden. Der Prospekt sowie etwaige Nachträge zum Prospekt können in elektronischer Form auf der Internetseite der Emittentin (www.erstegroup.com) eingesehen werden, und Kopien des Prospekts sowie etwaiger Nachträge zum Prospekt sind kostenlos während der üblichen Geschäftszeiten am Sitz der Emittentin (Erste Group Bank AG, Graben 21, A 1010, Wien, Österreich) erhältlich. Vollständige Informationen über die Emittentin und die Schuldverschreibungen sind nur in der Zusammenschau des Prospekts, etwaiger Nachträge zum Prospekt sowie dieser Endgültigen Bedingungen erhältlich. Eine Zusammenfassung für diese Emission ist diesen Endgültigen Bedingungen angefügt.

TEIL A – EMISSIONSBEDINGUNGEN

Die für die Schuldverschreibungen geltenden Bedingungen (die "**Bedingungen**") sind in dem Prospekt enthaltenen Allgemeinen Bedingungen sowie die nachfolgend aufgeführten Emissionsspezifischen Bedingungen

§ 1

WÄHRUNG, GESAMTNENNBETRAG, STÜCKELUNG, GESCHÄFTSTAG UND SPRACHE

- (1) *Währung, Gesamtnennbetrag, Stückelung.* Diese Tranche (die "**Tranche**") von Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") wird von der Erste Group Bank AG (die "**Emittentin**") in Euro (die "**festgelegte Währung**") im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 20.000.000 (in Worten: zwanzig Millionen) (der "**Gesamtnennbetrag**") in der Stückelung von EUR 1.000 (die "**festgelegte Stückelung**" bzw. der "**Nennbetrag je Schuldverschreibung**") begeben.
- (2) *Geschäftstag.* "**Geschäftstag**" bezeichnet einen Kalendertag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System 2 oder dessen Nachfolgesystem ("**TARGET**") geöffnet ist.
- (3) *Sprache.* Diese Emissionsbedingungen sind in der deutschen Sprache abgefasst.

§ 2

VERZINSUNG

- (1) *Zinssatz und Zinszahlungstage.* Die Schuldverschreibungen werden auf der Grundlage ihres ausstehenden Gesamtnennbetrags verzinst, und zwar vom 13.09.2013 (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (wie in § 3 der Emissionsspezifischen Bedingungen definiert) (ausschließlich) mit dem Zinssatz per annum.

Der "**Zinssatz**" entspricht der Summe aus (i) 0,00% und (ii) dem Bonuszinssatz.

Der "**Bonuszinssatz**" wird von der Berechnungsstelle berechnet und entspricht 3,00% reduziert um jeweils 3,00 Prozentpunkten pro Basiswert, dessen Schlusskurs innerhalb der maßgeblichen Zinszahlungstage unmittelbar vorausgehenden Beobachtungsperiode an mindestens einem Beobachtungstag der Barriere entsprochen hat oder niedriger als diese war. Der Bonuszinssatz kann nie geringer als null sein, d.h. er kann keinen negativen Wert annehmen.

Die Zinsen sind jährlich nachträglich am 13.09. eines jeden Jahres zahlbar (jeweils ein "**Zinszahlungstag**"), beginnend mit dem 13.09.2014 und endend mit dem 13.09.2019. Die Zinszahlungstage unterliegen einer Anpassung in Übereinstimmung mit den in § 4 der Emissionsspezifischen Bedingungen enthaltenen Bestimmungen.

"Aktien" sind die in der nachstehenden Tabelle genannten Aktien des "Aktienkorbs":

Aktienemittent	ISIN	Art	Börse	Bildschirmseite
Andritz AG	AT0000730007	Stammaktie	WienerBörse	ANDR.VI
Erste Group Bank AG	AT0000652011	Stammaktie	WienerBörse	ERST.VI
Immofinanz AG	AT0000809058	Stammaktie	WienerBörse	IMFI.VI
OMV AG	AT0000743059	Stammaktie	WienerBörse	OMVV.VI

Voestalpine AG	AT0000937503	Stammaktie	WienerBörse	VOES.VI
----------------	--------------	------------	-------------	---------

"**Barriere**" entspricht 60,00% des Schlusskurses eines jeden Basiswertes am Kursfixierungstag.

"**Basiswerte**" sind die im Aktienkorb enthaltenen Aktien.

"**Beobachtungstage**" sind:

jeder 6. eines jeden Kalendermonats innerhalb der maßgeblichen Beobachtungsperiode (monatliche Beobachtung), bzw. wenn einer dieser Tage kein Börsengeschäftstag (wie in § 5 der Emissionsspezifischen Bedingungen definiert) ist, der nächstfolgende Börsengeschäftstag.

"**Beobachtungsperioden**" sind die nachfolgend definierten Perioden, die jeweils vor einem Zinszahlungstag liegen. Die erste Beobachtungsperiode entspricht dem Zeitraum vom Kursfixierungstag (ausschließlich) bis zum vierten Geschäftstag vor dem ersten Zinszahlungstag (einschließlich). Jede weitere Beobachtungsperiode entspricht dem Zeitraum vom vorherigen Zinszahlungstag (ausschließlich) bis zum vierten Geschäftstag vor dem unmittelbar nachfolgenden Zinszahlungstag (einschließlich).

Sollte sich ein Beobachtungstag über das Ende der Beobachtungsperiode verschieben, aufgrund von nicht in § 5 definierten Ereignissen, und wird ein Kurs für diesen Tag vor dem darauffolgenden Zinszahlungstag veröffentlicht, zählt dieser Beobachtungstag auch zur Beobachtungsperiode.

"**Börse**" ist die in der oben dargestellten Tabelle für die jeweilige Aktie genannte Börse bzw. eine Nachfolgebörse oder ein Nachfolge-Notierungssystem oder eine Ersatz-Börse oder ein Ersatz-Notierungssystem, an der bzw. dem der Handel mit der Aktie vorübergehend abgewickelt wird (sofern die Berechnungsstelle bestimmt hat, dass die Liquidität hinsichtlich dieser Aktie an dieser vorübergehenden Ersatz-Börse oder diesem Ersatz-Notierungssystem mit der Liquidität an der ursprünglichen Börse vergleichbar ist).

"**Kursfixierungstag**" ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß § 5 der Emissionsspezifischen Bedingungen, der 12.09.2013 bzw. wenn dieser Tag kein Börsengeschäftstag ist, der nächstfolgende Börsengeschäftstag.

"**Schlusskurs**" des Basiswertes ist der offizielle Schlusskurs der maßgeblichen Aktie an der Börse zu dem Bewertungszeitpunkt (wie in § 5 der Emissionsspezifischen Bedingungen definiert) am maßgeblichen Tag.

(2) *Berechnung des Zinsbetrags.* Falls der auf die Schuldverschreibungen zu zahlende Zinsbetrag für einen bestimmten Zeitraum zu berechnen ist, erfolgt die Berechnung des Zinsbetrags, indem der Zinssatz auf die festgelegte Stückelung angewendet wird, dieser Betrag mit dem Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert) multipliziert und das hieraus resultierende Ergebnis auf die nächste Untereinheit der festgelegten Währung gerundet wird, wobei eine halbe Untereinheit aufgerundet wird oder die Rundung ansonsten gemäß der anwendbaren Marktkonvention erfolgt.

(3) *Zinstagequotient.* "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Zinsbetrags auf eine Schuldverschreibung für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

die Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360, wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 Tagen mit zwölf Monaten zu je 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (1) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraums fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraums weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der den letzten Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (2) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraums fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).

§ 3 RÜCKZAHLUNG

Soweit nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder angekauft und entwertet, werden die Schuldverschreibungen, vorbehaltlich einer Anpassung in Übereinstimmung mit den in § 4 der Emissionsspezifischen Bedingungen enthaltenen Bestimmungen zu ihrem Rückzahlungsbetrag am 13.09.2019 (der "**Fälligkeitstag**") zurückgezahlt. Der "**Rückzahlungsbetrag**" in Bezug auf jede Schuldverschreibung entspricht dem Nennbetrag je Schuldverschreibung.

§ 4 ZAHLUNGSWEISE UND ZAHLTAG

(1) *Zahlungsweise.* Vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften erfolgen auf die Schuldverschreibungen zu leistende Zahlungen in der festgelegten Währung.

(2) *Zahltag.* Sofern der Fälligkeitstag für eine Zahlung in Bezug auf die Schuldverschreibungen ansonsten auf einen Tag fielen, der kein Zahltag (wie nachstehend definiert) ist, so wird der Fälligkeitstag für die Zahlung auf den nächstfolgenden Tag verschoben, bei dem es sich um einen Zahltag handelt.

"**Zahltag**" bezeichnet einen Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem (i) das Clearingsystem geöffnet ist und (ii) das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System 2 (**TARGET**) geöffnet ist.

Falls der Fälligkeitstag einer Zahlung von Zinsen (wie oben beschrieben) sich nach hinten verschiebt, wird der Zinsbetrag nicht entsprechend angepasst.

Falls der Fälligkeitstag der Rückzahlung des Nennbetrags der Schuldverschreibungen angepasst wird, ist der Gläubiger nicht berechtigt, Zahlungen aufgrund dieser Anpassung zu verlangen.

§ 5 MARKTSTÖRUNGEN IN BEZUG AUF DIE AKTIEN

(a) Marktstörungen

Der Referenztag für jede nicht vom Eintritt eines Unterbrechungstages (wie von der Berechnungsstelle festgelegt) betroffene Aktie ist der Vorgesehene Referenztag.

Stellt die Berechnungsstelle fest, dass es sich bei dem Referenztag für eine Aktie um einen Unterbrechungstag handelt, so ist der Referenztag für diese Aktie der nächstfolgende Vorgesehene Handelstag, der nach Feststellung der Berechnungsstelle in Bezug auf diese Aktie kein Unterbrechungstag ist, es sei denn, die Berechnungsstelle stellt fest, dass jeder der aufeinander folgenden Vorgesehenen Handelstage bis zum und einschließlich des Referenzstichtags ein Unterbrechungstag ist. In diesem Fall oder wenn ein Referenztag auf den Referenzstichtag fällt, da der ursprünglich vorgesehene Tag kein Vorgesehener Handelstag ist:

(i) ist dieser Referenzstichtag ungeachtet dessen, dass er ein Unterbrechungstag ist oder kein Vorgesehener Handelstag, als Referenztag für diese Aktie anzusehen; und

(ii) bestimmt die Berechnungsstelle an diesem Referenzstichtag den Wert der Aktie zum Bewertungszeitpunkt anhand ihrer nach Treu und Glauben vorgenommenen Schätzung (und diese Feststellung der Berechnungsstelle gemäß dieses Absatzes (ii) gilt als Aktienkurs zum Bewertungszeitpunkt in Bezug auf den maßgeblichen Referenztag).

(b) Mitteilung

Die Berechnungsstelle wird die Gläubiger so bald als möglich gemäß § 11 der Allgemeinen Bedingungen über den Eintritt eines Unterbrechungstages an jedem Tag, der ohne den Eintritt eines Unterbrechungstages ein Referenztag gewesen wäre, informieren. Informiert die Berechnungsstelle die Gläubiger nicht über den Eintritt eines Unterbrechungstages, so hat dies keine Auswirkung auf die Wirksamkeit dieses Eintritts oder der Folgen dieses Unterbrechungstages.

(c) Definitionen

"Aktie" bezeichnet jede Aktie wie in § 3 der Emissionsspezifischen Bedingungen definiert.

"Aktienemittentin" bezeichnet die Emittentin der Aktie.

"Aktienkurs" ist jeder von der Börse veröffentlichte Kurs der Aktie.

"Bewertungszeitpunkt" ist der Vorgesehene Börsenschluss an der betreffenden Börse am jeweiligen Tag in Bezug auf jede Aktie. Schließt die Börse vor ihrem Vorgesehenen Börsenschluss und liegt der festgelegte Bewertungszeitpunkt nach dem tatsächlichen Handelsschluss im Rahmen ihrer üblichen Handelszeit, so ist der Bewertungszeitpunkt dieser tatsächliche Handelsschluss.

"Börse" hat die in § 3 der Emissionsspezifischen Bedingungen zugewiesene Bedeutung.

"Börsengeschäftstag" bezeichnet jeden Vorgesehenen Handelstag, an dem die Börse und jede Verbundene Börse während ihrer jeweiligen üblichen Handelszeiten für den Handel geöffnet sind, ungeachtet dessen, ob die Börse oder die Verbundene Börse vor ihrem Vorgesehenen Börsenschluss schließt.

"Börsenstörung" ist ein Ereignis (außer einem Vorzeitigen Börsenschluss), das (nach Feststellung durch die Berechnungsstelle) die allgemeine Fähigkeit der Marktteilnehmer dahingehend stört oder beeinträchtigt, (i) in Bezug auf die Aktie an der Börse Transaktionen vorzunehmen bzw. Marktkurse einzuholen oder (ii) hinsichtlich dieser Aktie an einer maßgeblichen Verbundenen Börse Transaktionen bzw. Marktkurse hinsichtlich Termin- oder Optionskontrakten vorzunehmen bzw. einzuholen.

"Handelsstörung" bezeichnet jede durch die Börse, eine Verbundene Börse oder anderweitig bestimmte Aussetzung oder Einschränkung des Handels, sei es aufgrund von Preisschwankungen über die von der

jeweiligen Börse oder Verbundenen Börse zugelassenen Grenzen hinaus oder aus sonstigen Gründen (i) in Bezug auf eine Aktie an dieser Börse oder (ii) mit Termin- oder Optionskontrakten hinsichtlich einer Aktie an einer der maßgeblichen Verbundenen Börsen.

"Marktstörungsereignis" bezeichnet den Eintritt oder das Bestehen einer (i) Handelsstörung, (ii) Börsenstörung, die von der Berechnungsstelle jeweils als wesentlich erachtet wird, jederzeit während des einstündigen Zeitraums, der am betreffenden Bewertungszeitpunkt endet, oder eines (iii) Vorzeitigen Börsenschlusses.

"Referenzstichtag" ist der achte unmittelbar auf den Vorgesehenen Referenztag folgende Vorgesehene Handelstag oder, falls dieser Tag früher liegt, der Vorgesehene Handelstag am oder unmittelbar vor dem zweiten Geschäftstag, der unmittelbar dem Tag vorausgeht, an dem eine Zahlung von Beträgen oder Lieferung von Vermögensgegenständen gemäß einer Berechnung oder Bestimmung an diesem Referenztag fällig sein könnte, vorausgesetzt dass der Referenzstichtag nicht vor dem ursprünglich vorgesehenen Referenztag liegt.

"Referenztag" ist der Kursfixierungstag und der Bewertungstag oder, falls dieser früher liegt, der Referenzstichtag.

"Unterbrechungstag" bezeichnet jeden Vorgesehenen Handelstag, an dem die Börse oder eine Verbundene Börse während ihrer üblichen Handelszeit nicht für den Handel geöffnet ist oder an dem ein Marktstörungsereignis eingetreten ist.

"Verbundene Börse" ist jede Börse oder jedes Notierungssystem (nach Auswahl der Berechnungsstelle), an der bzw. dem der Handel wesentliche Auswirkungen (gemäß den Feststellungen der Berechnungsstelle) auf den gesamten Markt für Termin- oder Optionskontrakte in Bezug auf diese Aktie hat, oder, in jedem dieser Fälle, eine jede übernehmende Börse oder Nachfolgebörse der betreffenden Börse bzw. ein übernehmendes Notierungssystem oder Nachfolge-Notierungssystem des betreffenden Notierungssystems (sofern die Berechnungsstelle festgestellt hat, dass die Liquidität hinsichtlich der dieser Aktie zugrunde liegenden Termin- oder Optionskontrakte an dieser vorübergehenden Ersatz-Börse oder diesem vorübergehenden Ersatz-Notierungssystem mit der Liquidität an der ursprünglichen Verbundenen Börse vergleichbar ist).

"Vorgesehener Börsenschluss" steht in Bezug auf die Börse oder eine Verbundene Börse und einen Vorgesehenen Handelstag für den üblichen, werktäglichen Handelsschluss an dieser Börse oder Verbundenen Börse am betreffenden Vorgesehenen Handelstag, wobei ein nachbörslicher Handel oder ein sonstiger Handel außerhalb der üblichen Handelszeiten nicht berücksichtigt wird.

"Vorgesehener Handelstag" ist jeder Tag, an dem vorgesehen ist, dass die Börse und jede Verbundene Börse während ihrer jeweiligen üblichen Handelszeiten für den Handel geöffnet sind.

"Vorgesehener Referenztag" ist jeder Tag, der ohne den Eintritt eines zu einem Unterbrechungstag führenden Ereignisses ursprünglich ein Referenztag gewesen wäre.

"Vorzeitiger Börsenschluss" bezeichnet die Schließung der Börse oder einer (von) Verbundenen Börse(n) an einem Börsengeschäftstag vor ihrem Vorgesehenen Börsenschluss, es sei denn, ein solcher früherer Handelsschluss wird von dieser Börse bzw. Verbundenen Börse(n) spätestens eine Stunde vor dem früheren der beiden folgenden Zeitpunkte angekündigt: (i) dem tatsächlichen Handelsschluss für die übliche Handelszeit an dieser Börse bzw. Verbundenen Börse(n) am betreffenden Börsengeschäftstag oder (ii) dem letztmöglichen Zeitpunkt für die Abgabe von Orders im System der Börse oder Verbundenen Börse, die zum Bewertungszeitpunkt am betreffenden Börsengeschäftstag ausgeführt werden sollen.

§ 6

Zusätzliche Störungsereignisse

Bei Eintritt eines Zusätzlichen Störungsereignisses in Bezug auf eine Aktie kann die Emittentin nach billigem Ermessen:

(i) die Berechnungsstelle dazu auffordern, nach billigem Ermessen ggf. die Anpassung einer oder

mehrerer der Emissionsspezifischen Bedingungen festzulegen, einschließlich aber nicht beschränkt auf eine für die Abwicklung oder Zahlung der Schuldverschreibungen maßgebliche Variable oder Bedingung, die nach Ansicht der Berechnungsstelle vorgenommen werden muss, um dem Zusätzlichen Störungsereignis Rechnung zu tragen, und den Wirksamkeitstag für die Anpassung zu bestimmen; oder

(ii) die Schuldverschreibungen nach Benachrichtigung der Gläubiger gemäß § 11 der Allgemeinen Bedingungen zurückzuzahlen. Wenn die Schuldverschreibungen abgerechnet werden, zahlt die Emittentin jedem Gläubiger in Bezug auf jede von diesem Gläubiger gehaltene Schuldverschreibung einen Betrag aus, der dem nach Treu und Glauben und auf wirtschaftlich vernünftige Weise durch die Berechnungsstelle bestimmten fairen Marktwert der Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung des Zusätzlichen Störungsereignisses entspricht, angepasst um die angemessenen Kosten und Aufwendungen der Emittentin und/oder ihrer verbundenen Unternehmen für die Abwicklung von zugrunde liegenden und/oder damit verbundenen Absicherungs- und Finanzierungsvereinbarungen (einschließlich jedoch nicht beschränkt auf Aktienoptionen, Aktienswaps oder andere Wertpapiere egal welcher Art, die die Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen absichern). Zahlungen erfolgen auf die den Gläubigern in Übereinstimmung mit § 11 der Allgemeinen Bedingungen bekannt gegebene Weise.

Bei oder nach Eintritt des betreffenden Zusätzlichen Störungsereignisses, kann die Emittentin, statt (i) oder (ii), auch die Berechnungsstelle dazu auffordern, den Aktienkorb in der Weise anzupassen, dass er statt aus durch das Zusätzliche Störungsereignis beeinträchtigten Aktien (die "Betroffene(n) Aktie(n)") aus von ihr ausgewählten Aktien besteht (die "Ersatzaktien"), und die Ersatzaktien gelten jeweils als "Aktien" und ihre Emittentin als "Aktienemittentin" im Sinne der Aktien, und die Berechnungsstelle kann eine oder mehrere Bedingungen, einschließlich aber nicht beschränkt auf eine für die Abwicklung oder Zahlung der Schuldverschreibungen maßgebliche Variable oder Bedingung, die die Berechnungsstelle für angemessen hält, und/oder andere Bestimmungen dieser Bedingungen, die die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen für angemessen hält, anpassen. In diesem Zusammenhang:

(a) gelten die Ersetzung und die maßgebliche Anpassung der Bedingungen der ab dem von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen ausgewählten Tag (der "Ersetzungstag") als wirksam, wie in der in § 11 der Allgemeinen Bedingungen erwähnten Mitteilung angegeben;

(b) entspricht die Gewichtung einer Ersatzaktie in dem betreffenden Korb der Gewichtung der Betroffenen Aktie, sofern von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen nicht anders festgelegt;

(c) muss eine betreffende Aktie, um als Ersatzaktie in Frage zu kommen, eine Aktie sein, die nach billigem Ermessen der Berechnungsstelle:

(I) nicht bereits die Aktie ist bzw. in dem Aktienkorb enthalten ist,

(II) aus einem ähnlichen Wirtschaftsbereich stammt wie die Betroffene Aktie,

(III) soweit möglich, von einer Aktiengesellschaft ausgegeben sein, die in der selben Rechtsordnung oder geographischem Gebiet ihren Sitz hat; und

(IV) eine vergleichbare Marktkapitalisierung, internationale Stellung und Risiko besitzt, wie die Betroffene Aktie.

Nach Eintritt eines Zusätzlichen Störungsereignisses, benachrichtigt die Emittentin die Gläubiger gemäß § 11 der Allgemeinen Bedingungen so schnell wie möglich vom Eintritt des Zusätzlichen Störungsereignisses unter Angabe näherer Informationen und der diesbezüglich zu ergreifenden Maßnahme. Das Fehlen einer Benachrichtigung oder deren Erhalt hat keinerlei Einfluss auf die Wirkung eines Zusätzlichen Störungsereignisses.

"**Absicherungspositionen**" sind jeder Kauf, Verkauf, Abschluss oder Unterhalt von einem oder mehreren (i) Positionen oder Kontrakten in Bezug auf Wertpapiere, Optionen, Terminkontrakte, Derivate oder Devisen, (ii) Wertpapierleihgeschäften, oder (iii) anderen Vorkehrungen (wie auch immer bezeichnet) der Emittentin und/oder ihrer verbundenen Unternehmen zur Absicherung ihrer

Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen, individuell oder auf Portfoliobasis.

"Absicherungsstörung" bedeutet, dass die Emittentin und/oder ihre verbundenen Unternehmen nach Aufwendung aller wirtschaftlich vernünftigen Bemühungen nicht in der Lage ist/sind, (i) Transaktionen oder Vermögenswerte, die sie zur Absicherung ihres Aktienkursrisikos oder anderer Kursrisiken in Bezug auf den Abschluss oder die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen für notwendig hält, zu erwerben, zu begründen, wieder zu begründen, zu ersetzen, aufrechtzuerhalten, abzuwickeln oder zu veräußern, oder (ii) die Erlöse aus diesen Transaktionen oder die Vermögenswerte zu realisieren, wiederzuerlangen oder weiterzuleiten.

"Erhöhte Absicherungskosten" bedeuten, dass der Emittentin und/oder ihren verbundenen Unternehmen in Bezug auf (a) das Eingehen bzw. Erwerben, Begründen, Neubegründen, Wiederbegründen, Ersetzen, Aufrechterhalten, Abwickeln oder Veräußern von Transaktionen oder Vermögenswerten, die sie zur Absicherung ihres Aktienkursrisikos oder anderer Kursrisiken in Bezug auf den Abschluss oder die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen für notwendig hält, oder (b) das Realisieren, Wiedererlangen oder Weiterleiten der Erlöse aus diesen Transaktionen oder der Vermögenswerte, erheblich höhere (verglichen mit den am Abschlusstag vorliegenden Umständen) Steuern, Abgaben, Ausgaben oder Gebühren (außer Maklergebühren) entstehen würden, wobei in dem Fall, dass diese wesentlich höheren Kosten allein durch die Verschlechterung der Kreditwürdigkeit der Emittentin und/oder ihrer verbundenen Unternehmen entstanden sind, diese nicht als Erhöhte Absicherungskosten gelten.

"Gesetzesänderung" bedeutet, dass die Berechnungsstelle am oder nach dem Abschlusstag, aufgrund (i) der Verabschiedung oder Änderung von geltenden Gesetzen oder Bestimmungen (einschließlich, jedoch nicht beschränkt auf Steuerrecht), oder (ii) der Bekanntmachung von oder Änderungen in der Auslegung von geltenden Gesetzen oder Vorschriften (einschließlich Maßnahmen, die von Steuerbehörden vorgenommen wurden) durch Gerichte oder Aufsichtsbehörden mit der zuständigen Gerichtsbarkeit, nach billigem Ermessen bestimmt, dass (y) es für die Emittentin und/oder ihre verbundenen Unternehmen rechtswidrig geworden ist, die betreffenden Absicherungspositionen einschließlich der maßgeblichen Aktie zu halten, zu erwerben oder zu veräußern, oder dass (z) der Emittentin und/oder ihren verbundenen Unternehmen durch die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen höhere Kosten entstehen werden (wie unter anderem Kosten aufgrund einer erhöhten Steuerpflicht, geringerer Steuervergünstigungen oder sonstiger negativer Auswirkungen auf ihre steuerliche Lage).

"Insolvenzantrag" bedeutet, dass eine Aktienemittentin selbst oder durch ein Gericht oder eine Aufsichts-, Regulierungs- oder ähnliche Behörde mit primärer insolvenz-, sanierungs- oder aufsichtsrechtlicher Zuständigkeit in derjenigen Rechtsordnung, in der diese gegründet wurde oder ihre Hauptniederlassung bzw. ihren Sitz hat, ein Verfahren einleitet oder eingeleitet wird oder die Aktienemittentin einer Einleitung zustimmt, durch welches ein Urteil bezüglich der Insolvenz oder des Konkurses oder eine sonstige Rechtsschutzanordnung nach einer Insolvenz- oder Konkursordnung oder nach einem vergleichbaren Gesetz erlassen werden soll, das/die die Rechte der Gläubiger betrifft, oder die Aktienemittentin oder die jeweilige Aufsichts-, Regulierungs- oder ähnliche Behörde einen Antrag auf Auflösung oder Liquidation der Aktienemittentin stellt oder die Aktienemittentin einer solchen Antragstellung zustimmt, wobei Verfahren oder Anträge, die von den Gläubigern ohne die Zustimmung der Aktienemittentin eingeleitet bzw. gestellt wurden, nicht als Insolvenzantrag gelten.

"Zusätzliches Störungsereignis" ist/sind jede Gesetzesänderung, Absicherungsstörung, Erhöhte Absicherungskosten und/oder jeder Insolvenzantrag.

§ 7

Anpassungen in Bezug auf die Aktien

(a) Potenzielle Anpassungsereignisse

Nach Feststellung durch die Berechnungsstelle, dass ein Potenzielles Anpassungsereignis in Bezug auf eine Aktie eingetreten ist oder nach einer Anpassung der Abwicklungsbestimmungen von sich auf eine Aktie beziehenden notierten Options- oder Terminkontrakten, die an einer Verbundenen Börse gehandelt werden, bestimmt die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen, ob das Potenzielle

Anpassungsereignis oder die Anpassung der Abwicklungsbestimmungen von sich auf die Aktie beziehenden notierten Options- oder Terminkontrakten, die an einer Verbundenen Börse gehandelt werden, eine verwässernde oder werterhöhende Wirkung auf den theoretischen Wert dieser Aktie hat und, falls dies der Fall ist, wird sie (i) ggf. eine oder mehrere der Emissionsspezifischen Bedingungen entsprechend anpassen, einschließlich jedoch nicht beschränkt auf eine für die Abwicklung oder Zahlung der Schuldverschreibungen maßgebliche Variable oder Bedingung, welche die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen für angemessen hält, um dieser verwässernden oder werterhöhenden Wirkung Rechnung zu tragen (vorausgesetzt, dass die Anpassungen nicht allein aus dem Grund erfolgen, um Änderungen der Volatilität, der erwarteten Dividenden, des Aktienleihezinssatzes oder der relativen Liquidität der betreffenden Aktie Rechnung zu tragen), und (ii) den Wirksamkeitstag für diese Anpassung festlegen. Die Berechnungsstelle wird in der Regel, ist jedoch nicht dazu verpflichtet, die Anpassung vornehmen, die von einer Optionsbörse an sich auf die Aktie beziehenden Optionen, die an dieser Optionsbörse gehandelt werden, in Bezug auf das Potenzielle Anpassungsereignis vorgenommen wurde.

Nachdem die Berechnungsstelle eine solche Anpassung vorgenommen hat, benachrichtigt die Berechnungsstelle die Gläubiger gemäß § 11 der Allgemeinen Bedingungen so schnell wie möglich darüber mit Angabe der Anpassungen der Emissionsspezifischen Bedingungen sowie mit einer kurzen Beschreibung des Potenziellen Anpassungsereignisses. Das Fehlen einer Benachrichtigung oder deren Erhalt hat keinerlei Einfluss auf die Wirkung eines Potenziellen Anpassungsereignisses.

"Potenzielles Anpassungsereignis" bezeichnet

(i) eine Unterteilung, Zusammenlegung oder Gattungsänderung der betreffenden Aktien (sofern dies nicht zu einem Fusionsereignis führt) oder die unentgeltliche Ausschüttung oder Zuteilung von Aktien an bestehende Aktionäre mittels Bonusaktien, Gratisaktien oder ähnlicher Maßnahmen;

(ii) eine Ausschüttung, Ausgabe oder Dividende an bestehende Aktionäre in Form von (I) solchen Aktien, oder (II) sonstigen Beteiligungsrechten oder Wertpapieren, die zur Ausschüttung einer Dividende und/oder anteiligen Ausschüttung einer Dividende und/oder anteiligen Ausschüttung des Liquidationserlöses im Hinblick auf die betreffende Aktienemittentin entsprechend oder anteilmäßig zu den entsprechenden Zahlungen an Aktionäre aufgrund der Aktien berechtigen, oder (III) Beteiligungsrechten oder sonstigen Wertpapieren einer anderen Aktienemittentin, die die Aktienemittentin (direkt oder indirekt) infolge einer Spaltung oder einer ähnlichen Transaktion erworben hat oder die sich infolge dessen in ihrem Besitz befinden, oder (IV) sonstigen Wertpapieren, Options- oder anderen Rechten oder Vermögenswerten, die jeweils für eine unter dem vorherrschenden Marktpreis, der von der Berechnungsstelle festgelegt wird, liegende, in Barmitteln oder Sachwerten bestehende Gegenleistung ausgeschüttet werden;

(iii) eine Außerordentliche Dividende;

(iv) eine Einzahlungsaufforderung seitens der Aktienemittentin in Bezug auf maßgebliche Aktien, die noch nicht in voller Höhe eingezahlt sind;

(v) einen Rückkauf der relevanten Aktien durch die Aktienemittentin oder eine ihrer Tochtergesellschaften, unabhängig davon, ob der Rückkauf aus Gewinn oder Kapital erfolgt oder ob der Kaufpreis in Form von Barmitteln, Wertpapieren oder auf sonstige Weise entrichtet wird;

(vi) in Bezug auf die Aktienemittentin ein Ereignis, das dazu führt, dass Aktionärsrechte begeben werden oder von Stammaktien oder anderen Aktien der Aktienemittentin abgetrennt werden gemäß einem Aktionärsrechteplan oder einer ähnlichen Maßnahme zur Abwehr von feindlichen Übernahmen, der bzw. die für den Eintritt bestimmter Ereignisse die Ausgabe von Vorzugsaktien, Optionsrechten, Anleihen oder Bezugsrechten zu einem unter ihrem Marktwert, der von der Berechnungsstelle festgestellt wird, liegenden Preis vorsieht, wobei eine infolge eines solchen Ereignisses getroffene Anpassung bei einer Einlösung solcher Rechte erneut anzupassen ist; oder

(vii) ein anderes Ereignis, welches nach Ansicht der Berechnungsstelle eine verwässernde oder konzentrierende Auswirkung auf den theoretischen Wert der betreffenden Aktien hat.

(b) Fusionsereignis, Übernahmeangebot, Delisting, Verstaatlichung und Insolvenz

Bei Eintritt eines Fusionsereignisses, Übernahmeangebots, Delisting, einer Verstaatlichung oder Insolvenz in Bezug auf eine Aktie kann die Emittentin nach billigem Ermessen:

(i) am oder nach dem betreffenden Fusionstag, Tag des Übernahmeangebots, Tag der Verstaatlichung, der Insolvenz oder des Delisting die Berechnungsstelle dazu veranlassen, die durch das Fusionsereignis, Übernahmeangebot, die Verstaatlichung, Insolvenz bzw. das Delisting beeinträchtigte Aktie (die "**Betroffene Aktie**") durch eine von ihr ausgewählte Aktie auszutauschen (die "**Ersatzaktien**"), und die Ersatzaktie und ihre Emittentin gelten jeweils als "Aktie" bzw. "Aktienemittentin" im Sinne der Emissionsspezifischen Bedingungen, und die Berechnungsstelle kann ggf. eine oder mehrere der Emissionsspezifischen Bedingungen anpassen, einschließlich jedoch nicht beschränkt auf eine für die Abwicklung oder Zahlung der Schuldverschreibungen maßgebliche Variable oder Bedingung, die die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen für angemessen hält. In diesem Zusammenhang:

(a) gelten diese Ersetzung und die relevante Anpassung der Bedingungen ab dem von der Berechnungsstelle gemäß den Grundsätzen von billigem Ermessen ausgewählten und in der unter § 11 der Allgemeinen Bedingungen genannten Mitteilung bezeichneten Tag (der "**Ersetzungstag**") als wirksam, bei dem es sich nicht zwingend um einen Fusionstag oder Tag des Übernahmeangebots oder Tag der Verstaatlichung, der Insolvenz oder des Delistings handeln muss;

(b) muss jede betreffende Aktie, um als Ersatzaktie ausgewählt zu werden, eine Aktie sein, die nach billigem Ermessen der Berechnungsstelle:

(I) nicht bereits die Aktie ist bzw. in dem Aktienkorb enthalten ist,

(II) aus einem ähnlichen Wirtschaftsbereich stammt wie die Betroffene Aktie,

(III) soweit möglich, von einer Aktiengesellschaft ausgegeben sein, die in der selben Rechtsordnung oder geographischem Gebiet ihren Sitz hat und

(IV) eine vergleichbare Marktkapitalisierung, internationale Stellung und Risiko besitzt wie die Betroffene Aktie; und

(ii) die Berechnungsstelle dazu auffordern, nach billigem Ermessen die angemessene Anpassung einer oder mehrerer Bedingungen, einschließlich aber nicht beschränkt auf eine für die Abwicklung oder Zahlung der Schuldverschreibungen maßgebliche Variable oder Bedingung festzulegen, die nach billigem Ermessen der Berechnungsstelle vorgenommen werden muss, um dem Fusionsereignis bzw. Übernahmeangebot, Delisting, der Verstaatlichung oder Insolvenz Rechnung zu tragen, und den Wirksamkeitstag für die Anpassung zu bestimmen. Zu den relevanten Anpassungen können Anpassungen gehören, die unter anderem aufgrund von für die Aktien oder Schuldverschreibungen maßgeblichen Änderungen der Volatilität, erwarteten Dividenden, Aktienleihezinssätze oder Liquidität erfolgen. Die Berechnungsstelle kann (ist jedoch nicht dazu verpflichtet) die angemessene Anpassung durch Bezugnahme auf die Anpassung vornehmen, die von Optionsbörsen an Optionen der an dieser Optionsbörse gehandelten Aktien in Bezug auf das Fusionsereignis, Übernahmeangebot, Delisting, die Verstaatlichung oder Insolvenz vorgenommen wurde oder

(iii) nach einer Anpassung der Abwicklungsbedingungen von Optionen der an einer Börse(n) oder Notierungssystem(en) gehandelten Aktien, die/das von der Emittentin nach billigem Ermessen ausgewählt wurde (die "**Ausgewählte Börse**"), die Berechnungsstelle zur Vornahme der entsprechenden Anpassung von einer oder mehreren der Emissionsspezifischen Bedingungen veranlassen, einschließlich aber nicht beschränkt auf eine für die Abwicklung oder Zahlung der Schuldverschreibungen maßgebliche Variable oder Bedingung, die nach dem billigem Ermessen der Berechnungsstelle angemessen ist, wobei die Anpassung von dem von der Berechnungsstelle als Wirksamkeitstag der entsprechenden Anpassung durch die Ausgewählte Börse bestimmten Tag an wirksam ist. Wenn Optionen auf die Aktien nicht an der Ausgewählten Börse gehandelt werden, passt die Berechnungsstelle ggf. eine oder mehrere Bedingungen an, einschließlich aber nicht beschränkt auf eine für die Abwicklung oder Zahlung der Schuldverschreibungen maßgebliche Variable oder Bedingung, die gemäß den Grundsätzen von billigem Ermessen von der Berechnungsstelle unter Bezugnahme auf die

von der Ausgewählten Börse vorgegebenen Vorschriften bzw. Vorbedingungen vorgenommen werden muss, um dem Fusionsereignis, Übernahmeangebot, Delisting, der Verstaatlichung bzw. Insolvenz Rechnung zu tragen, was nach Ansicht der Berechnungsstelle zu einer Anpassung durch die Ausgewählte Börse geführt hätte, wenn die Optionen gehandelt worden wären oder

(iv) die Schuldverschreibungen nach Mitteilung der Gläubiger gemäß § 11 der Allgemeinen Bedingungen insgesamt und nicht nur teilweise zurückzahlen, wobei jede Schuldverschreibung in Höhe eines Betrages zurückgezahlt wird, der dem von der Berechnungsstelle nach Treu und Glauben und auf wirtschaftlich vernünftige Weise bestimmten fairen Marktwert der Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung des Fusionsereignisses, Übernahmeangebots, Delisting, der Verstaatlichung bzw. Insolvenz entspricht, angepasst um die angemessenen Kosten und Aufwendungen der Emittentin und/oder ihrer verbundenen Unternehmen für die Abwicklung von zugrunde liegenden und/oder verbundenen Absicherungs- und Finanzierungsvereinbarungen (einschließlich jedoch nicht beschränkt auf Aktienoptionen, Aktienswaps oder andere Wertpapiere egal welcher Art, die die Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen absichern). Zahlungen erfolgen auf die den Gläubigern bekannt gegebene Weise in Übereinstimmung mit § 11 der Allgemeinen Bedingungen.

(c) Mitteilung

Nach Eintritt eines Fusionsereignisses, Übernahmeangebots, Delistings, einer Verstaatlichung oder Insolvenz benachrichtigt die Emittentin die Gläubiger gemäß § 11 der Allgemeinen Bedingungen so schnell wie möglich vom Eintritt des Fusionsereignisses, Übernahmeangebots, Delistings, der Verstaatlichung bzw. Insolvenz unter Angabe von näheren Informationen darüber und der diesbezüglich zu ergreifenden Maßnahme, z.B. bei Ersatzaktien, um welche Ersatzaktien es sich handelt, und den Ersetzungstag. Das Fehlen einer Benachrichtigung oder deren Erhalt hat keinerlei Einfluss auf die Wirkung des Fusionsereignisses, Übernahmeangebots, Delistings, der Verstaatlichung oder Insolvenz.

(d) Korrigierter Aktienkurs

Wird ein Aktienkurs, der an der Börse an einem für Berechnungen oder Bestimmungen verwendeten Tag veröffentlicht wird, nachträglich korrigiert und diese Korrektur von der Börse innerhalb des Abwicklungszyklus nach der ursprünglichen Veröffentlichung veröffentlicht, nimmt die Berechnungsstelle alle Berechnungen vor oder berechnet den Betrag, der aufgrund dieser Korrektur zu zahlen oder zu liefern ist, und passt, soweit erforderlich, die maßgeblichen Bedingungen den Korrekturen entsprechend an, wobei wenn in Bezug auf eine relevante Aktie an einem maßgeblichen Tag ein Stichtag für Korrekturen anwendbar ist, Korrekturen, die nach diesem Stichtag für Korrekturen veröffentlicht werden, von der Berechnungsstelle für die Bestimmung oder Berechnung von relevanten Beträgen nicht berücksichtigt werden.

(e) Definitionen

"Abwicklungszyklus" steht für den Zeitraum von Clearingsystem-Geschäftstagen nach einem Geschäftsabschluss hinsichtlich der Aktien an der Börse, in dem die Abwicklung nach den Regeln dieser Börse üblicherweise stattfindet.

"Außerordentliche Dividende" bedeutet eine Dividende, die von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen als außerordentlich angesehen wird.

"Clearingsystem" ist in Bezug auf die Korrektur eines Aktienkurses das inländische Haupt-Clearingsystem, das in der Regel für die Abwicklung des Handels mit den jeweiligen Aktien an einem maßgeblichen Tag verwendet wird.

"Clearingsystem-Geschäftstag" steht, in Bezug auf ein Clearingsystem für einen Tag, an dem dieses Clearingsystem für die Annahme und Ausführung von Abwicklungsanweisungen geöffnet ist (oder, ohne den Eintritt einer Abrechnungsstörung, geöffnet wäre).

"Delisting" bedeutet, in Bezug auf die relevanten Aktien, dass die Börse bekannt gibt, dass gemäß den Regeln dieser Börse die Zulassung, der Handel bzw. die öffentliche Notierung der Aktien an dieser Börse, gleich aus welchem Grund (außer einer Fusion oder einem Übernahmeangebot) eingestellt ist (oder

eingestellt wird) und nicht mehr unmittelbar wieder aufgenommen wird an einer Börse oder einem Handelssystem in dem Land, in dem sich die Börse befindet (oder, sofern die betreffende Börse sich innerhalb der Europäischen Union befindet, in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union).

"Fusionsereignis" steht für (i) eine Gattungsänderung oder Änderung dieser Aktien, die zu einer Übertragung oder einer unwiderruflichen Verpflichtung zur Übertragung aller ausstehenden Aktien an ein anderes Unternehmen oder eine andere Person führt, (ii) die Konsolidierung, Verschmelzung, Fusion oder verbindlichen Aktientausch einer Aktienemittentin mit einem/r anderen Unternehmen oder Person oder in ein/e andere/s Unternehmen oder Person (mit Ausnahme einer Konsolidierung, Verschmelzung, Fusion, oder eines verbindlichen Aktientausches, bei der/dem die Aktienemittentin das fortbestehende Unternehmen ist und die nicht zu einer Gattungsänderung oder sonstigen Änderung aller ausstehenden Aktien führt), (iii) ein Übernahmeangebot, Tauschangebot, eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots, Vorschlag oder eine sonstige Maßnahme durch ein Unternehmen oder eine Person mit dem Ziel, 100% der ausstehenden Aktien der Aktienemittentin zu erwerben oder auf sonstige Weise zu erhalten, was zu einer Übertragung oder unwiderruflichen Verpflichtung zur Übertragung aller Aktien (außer Aktien im Eigentum oder unter Kontrolle des anderen Unternehmens) führt, oder (iv) eine Konsolidierung, Verschmelzung, Fusion oder einen verbindlichen Aktientausch der Aktienemittentin oder ihrer Tochtergesellschaften mit einem anderen Unternehmen oder in ein anderes Unternehmen, in dem die Aktienemittentin das fortbestehende Unternehmen ist und die bzw. der nicht zu einer Gattungsänderung oder Änderung aller ausstehenden Aktien (außer der Aktien, die sich im Eigentum oder unter der Kontrolle des anderen Unternehmens befinden) führt, die unmittelbar vor diesem Ereignis insgesamt weniger als 50% der unmittelbar nach diesem Ereignis ausstehenden Aktien darstellen, und zwar jeweils sofern der Fusionstag an oder vor dem letzten Bewertungstag in Bezug auf die betreffende Schuldverschreibung liegt.

"Fusionstag" steht für den Stichtag eines Fusionsereignisses oder, wenn nach den jeweiligen für ein solches Fusionsereignis geltenden Gesetzen kein Stichtag bestimmt werden kann, für einen anderen von der Berechnungsstelle festgelegten Tag.

"Insolvenz" bezeichnet den Umstand, dass aufgrund eines freiwilligen oder unfreiwilligen Liquidations-, Konkurs-, Insolvenz-, Auflösungs- oder Abwicklungsverfahrens oder eines vergleichbaren Verfahrens, das die Aktienemittentin betrifft, (i) sämtliche Aktien dieser Aktienemittentin auf einen Treuhänder, Liquidator oder vergleichbaren Amtsträger übertragen werden müssen, oder (ii) es den Inhabern von Aktien dieser Aktienemittentin von Gesetzes wegen verboten ist, diese zu übertragen.

"Optionsbörse" ist die Verbundene Börse (wenn die Verbundene Börse mit Optionskontrakten in Bezug auf die betreffende Aktie handelt) bzw. die von der Berechnungsstelle als Primärmarkt ausgewählte Verbundene Börse für die notierten Optionskontrakte in Bezug auf die betreffende Aktie.

"Stichtag für Korrekturen" steht für den Geschäftstag, der zwei Geschäftstage vor dem Fälligkeitstag liegt.

"Tag des Übernahmeangebots" ist, in Bezug auf ein Übernahmeangebot, der Tag, an dem stimmberechtigte Aktien in Höhe des geltenden Mindestprozentsatzes tatsächlich gekauft oder auf andere Weise erworben werden (wie von der Berechnungsstelle festgestellt).

"Übernahmeangebot" steht für ein Übernahmeangebot, Tauschangebot, eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots, einen Vorschlag oder eine sonstige Maßnahme durch ein Unternehmen oder eine Person mit dem Ziel, dass dieses Unternehmen oder diese Person durch Kauf oder auf andere Weise, oder durch das Recht auf den Erhalt von, durch Umwandlung oder auf andere Weise mindestens 10% und weniger als 100% der ausstehenden stimmberechtigten Aktien einer Aktienemittentin erwirbt, soweit dies von der Berechnungsstelle auf Grundlage von Mitteilungen an staatliche Stellen oder Selbstregulierungsorgane oder von anderen Informationen, die die Berechnungsstelle für wichtig erachtet, festgestellt wird.

"Verstaatlichung" bedeutet, dass alle Aktien oder alle oder im Wesentlichen alle Vermögenswerte der Aktienemittentin verstaatlicht, enteignet oder auf andere Weise an eine staatliche Einrichtung, Behörde, Stelle oder Institution übertragen werden müssen.

TEIL B – ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

GRUNDLEGENDE INFORMATIONEN

Interessen von Seiten natürlicher oder juristischer Personen, die an der Emission bzw. dem Angebot beteiligt sind

- Mit Ausnahme des wirtschaftlichen Interesses der Manager haben die an der Emission bzw. dem Angebot der Schuldverschreibungen beteiligten Personen – soweit die Emittentin hiervon Kenntnis hat – kein materielles Interesse an der Emission bzw. dem Angebot.
- Andere Interessen

Gründe für das Angebot und Verwendung der Erträge⁸ Nicht anwendbar

Geschätzter Nettoerlös⁹ Nicht anwendbar

Geschätzte Gesamtkosten der Emission EUR 4.000

INFORMATIONEN ÜBER DIE ANZUBIETENDEN BZW. ZUM HANDEL ZUZULASSENDE WERTPAPIERE

Wertpapierkennnummern

- ISIN AT000B119813
- Wertpapierkennnummer (WKN) EB0CBG
- Sonstige Wertpapierkennnummer

Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung des Basiswerts und dessen Volatilität

Einzelheiten über die vergangene und künftige Wertentwicklung der im Aktienkorb enthaltenen Aktien und deren Volatilitäten können auf den folgenden Bildschirmseiten abgerufen werden:

Aktienemittent	ISIN	Art	Börse	Bildschirmseite
Andritz AG	AT0000730007	Stammaktie	WienerBörse	ANDR.VI
Erste Group Bank AG	AT0000652011	Stammaktie	WienerBörse	ERST.VI
Immofinanz AG	AT0000809058	Stammaktie	WienerBörse	IMFI.VI
OMV AG	AT0000743059	Stammaktie	WienerBörse	OMVV.VI
Voestalpine AG	AT0000937503	Stammaktie	WienerBörse	VOES.VI

⁸ Siehe den Abschnitt mit der Überschrift "Use of Proceeds" im Prospekt. Falls der Nettoerlös nicht für die allgemeinen Finanzierungszwecke der Emittentin, oder im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis, verwendet werden sollen, sind diese Gründe einzufügen.

⁹ Sofern die Erträge für Verschiedene Verwendungszwecke vorgesehen sind, sind dieses aufzuschlüsseln und nach der Priorität der Verwendungszwecke darzustellen

Emissionsrendite

Nicht anwendbar

Vertretung der Schuldtitelinhaber unter Angabe der die Anleger vertretenden Organisation und der für diese Vertretung geltenden Bestimmungen. Angabe des Ortes, an dem die Öffentlichkeit die Verträge, die diese Repräsentationsformen regeln, einsehen kann

Nicht anwendbar

Beschlüsse, Ermächtigungen und Billigungen, welche die Grundlage für die Schaffung/Emission der Schuldverschreibungen bilden

Gemäß Rahmenbeschluss genehmigt vom Vorstand am 20.11.2012 und vom Aufsichtsrat am 12.12.2012

KONDITIONEN DES ANGEBOTS

Konditionen, Angebotsstatistiken, erwarteter Zeitplan und erforderliche Maßnahmen für die Antragstellung

Angebotskonditionen

Nicht anwendbar

Gesamtsumme der Emission/des Angebots. Ist diese nicht festgelegt, Beschreibung der Regelungen und Angabe des Zeitpunkts für die öffentliche Bekanntmachung des Angebotsbetrags

bis zu EUR 20.000.000

Frist – einschließlich etwaiger Änderungen – während der das Angebot vorliegt und Beschreibung Antragsverfahrens

Bei Daueremissionen entspricht die Angebotsfrist im Wesentlichen der Laufzeit der Schuldverschreibungen, bzw. dem Zeitraum vom 13.09.2013 bis zum Laufzeitende bzw. bis zum von der Emittentin festgelegten Ende des Angebotes.

Beschreibung der Möglichkeit zur Reduzierung der Zeichnungen und des Verfahrens für die Erstattung des zu viel gezahlten Betrags an die Antragsteller

Nicht anwendbar

Mindest- und/oder maximale Zeichnungshöhe (ausgedrückt als Anzahl der Wertpapiere oder aggregierte Anlagesumme)

Mindestzeichnungshöhe entspricht EUR 1.000

Methode und Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung

Die Zahlung des Kaufpreises und die Lieferung der Schuldverschreibungen erfolgt auf Basis des zwischen dem Anleger und der Emittentin abzuschließenden Zeichnungsvertrages über den Erwerb der Schuldverschreibungen.

Umfassende Beschreibung der Modalitäten und des Termins für die öffentliche Bekanntgabe der Angebotsergebnisse

Die Ergebnisse eines Angebotes von Schuldverschreibungen werden nach Ablauf der Zeichnungsfrist, im Falle einer Daueremission unverzüglich nach Beendigung des Angebotes durch die Emittentin, der Oesterreichischen Kontrollbank AG als Wertpapiersammelbank der Schuldverschreibungen und der Börse, an der die Schuldverschreibungen notiert sind, durch die Emittentin offen gelegt.

Verfahren für die Ausübung eines etwaigen Vorkaufsrechts, die Übertragbarkeit der Zeichnungsrechte und die Behandlung nicht ausgeübter Zeichnungsrechte Nicht anwendbar

Verteilungs- und Zuteilungsplan

Werden die Wertpapiere gleichzeitig auf den Märkten zweier oder mehrerer Staaten angeboten und ist eine bestimmte Tranche einigen dieser Märkte vorbehalten, so ist diese Tranche anzugeben. Nicht anwendbar

Verfahren für die Benachrichtigung der Zeichner über den ihnen zugeteilten Betrag und Hinweis darauf, ob mit dem Handel schon vor einer solchen Benachrichtigung begonnen werden kann. Die Zeichner erfahren von der ihnen zugeteilten Menge an Schuldverschreibungen durch Gutbuchung der Schuldverschreibungen auf ihrem Depot. Eine Aufnahme des Handels vor der Zuteilung ist nicht möglich.

Preisfestsetzung

Angabe des Preises, zu dem die Wertpapiere voraussichtlich angeboten werden, oder der Methode, nach der der Preis festgesetzt wird, und Verfahrens für seine Bekanntgabe. Erstausgabekurs 100,30% wobei dieser laufend an den aktuellen Marktpreis angepasst werden kann

Angabe etwaiger Kosten und Steuern, die speziell dem Zeichner oder Käufer in Rechnung gestellt werden 3,00% des Nennbetrages (die Höhe der Vergütung kann in Abhängigkeit von der Marktentwicklung während des Angebotszeitraumes auch niedriger, nicht jedoch höher als 3,00% je Nennbetrag sein)

PLATZIERUNG UND ÜBERNAHME

Name und Anschrift des Koordinators/der Koordinatoren des globalen Angebots oder einzelner Teile des Angebots und – sofern dem Emittenten oder dem Bieter bekannt – Angaben zu den Plazierern in den einzelnen Ländern des Angebots Diverse Finanzdienstleister in Österreich

Vertriebsmethode

- Nicht syndiziert
- Syndiziert

Übernahmevertrag

Datum des Übernahmevertrags Nicht anwendbar
Hauptmerkmale des Übernahmevertrags Nicht anwendbar

Einzelheiten bezüglich des Managers

Manager Nicht anwendbar

- Feste Übernahmeverpflichtung
- Ohne feste Übernahmeverpflichtung

Kursstabilisierender Manager

Nicht anwendbar

Provisionen, geschätzte Gesamtkosten und geschätzter Nettoerlös

- Management- und Übernahmeprovision
- Verkaufsprovision
- Andere

Gesamtprovision

BÖRSENNOTIERUNG(EN), ZULASSUNG ZUM HANDEL UND HANDELSMODALITÄTEN

Börsenzulassung(en)

Ja

- Frankfurt am Main
 - Regulierter Markt
 - Freiverkehr
- Geregelter Markt "Bourse de Luxembourg"
- Stuttgart
 - Regulierter Markt
 - Freiverkehr
- Wien
 - Amtlicher Handel
 - Geregelter Freiverkehr
- Andere Wertpapierbörse

Termin der Zulassung(en)

am oder um den
Begebungstag (wie oben
definiert)

Geschätzte Gesamtkosten für die Zulassung zum Handel

Nicht anwendbar

Angabe sämtlicher geregelter oder gleichwertiger Märkte, an denen nach Kenntnis der Emittentin Schuldverschreibungen der gleichen Wertpapierkategorie, die zum Handel angeboten oder zugelassen werden sollen, bereits zum Handel zugelassen sind

Nicht anwendbar

Name und Anschrift der Institute, die aufgrund einer Zusage als Intermediäre im Sekundärhandel tätig sind und Liquidität mittels Geld- und Briefkursen schaffen, und Beschreibung des wesentlichen Inhalts ihrer Zusage

Nicht anwendbar

ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

Rating

Die Schuldverschreibungen haben kein Rating.

Verkaufsbeschränkungen

TEFRA

TEFRA C

Weitere Verkaufsbeschränkungen

Nicht anwendbar

Zustimmung zur Verwendung des Prospekts

Angebotszeitraum, während derer die spätere Vom 18.07.2013
Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung von (einschließlich) bis dem
Wertpapieren durch die Platzeure oder weitere 18.07.2014 (ausschließlich)
Finanzintermediäre erfolgen kann

Weitere Bedingungen für die Verwendung des Prospekts

Nicht anwendbar

im Fall von Börsennotierung einfügen: Börsennotierung

Diese Endgültigen Bedingungen enthalten die Angaben, die für die Börsenzulassung der in diesen Endgültigen Bedingungen beschriebenen Emission von Schuldverschreibungen unter dem Programm (ab dem 13.09.2013) erforderlich sind.

Im Namen der Emittentin unterzeichnet

Von:
Im Auftrag

Von:
Im Auftrag

ZUSAMMENFASSUNG

Die Zusammenfassung setzt sich aus als "**Schlüsselinformationen**" bezeichneten geforderten Angaben zusammen. Diese Schlüsselinformationen sind in den Abschnitten A - E (A.1 - E.7) nummeriert.

Diese Zusammenfassung enthält all die geforderten Schlüsselinformationen, die in einer Zusammenfassung für diese Art von Wertpapieren und Emittenten einzubeziehen sind. Da gewisse Schlüsselinformationen nicht adressiert werden müssen, können Lücken in der Nummerierung der Schlüsselinformationen in dieser Zusammenfassung vorhanden sein.

Auch wenn grundsätzlich eine Schlüsselinformation aufgrund der Art der Wertpapiere und des Emittenten in der Zusammenfassung aufzuführen wäre, ist es möglich, dass hinsichtlich dieser Schlüsselinformation keine relevanten Angaben gemacht werden können. In einem solchen Fall wird eine kurze Beschreibung der Schlüsselinformation in die Zusammenfassung mit dem Hinweis "entfällt" aufgenommen.

A. Einleitung und Warnhinweise

A.1 Warnhinweis Diese Zusammenfassung (die "**Zusammenfassung**") ist als Einführung zu diesem Prospekt (der "**Prospekt**") über das Equity Linked Notes Programm (das "**Programm**") zu lesen.

Jede Entscheidung des Anlegers über eine Investition in unter dem Programm begebene Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") sollte sich auf eine Berücksichtigung des Prospekts als Ganzen stützen.

Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche aufgrund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger nach den nationalen Rechtsvorschriften des jeweiligen Mitgliedsstaates des Europäischen Wirtschaftsraumes die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.

Die Erste Group Bank AG ("**Erste Group Bank**"), Graben 21, 1010 Wien, Österreich (in ihrer Funktion als Emittentin unter dem Programm, die "**Emittentin**") kann für den Inhalt dieser Zusammenfassung einschließlich der Übersetzung hiervon haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, oder sie, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, nicht alle erforderlichen Schlüsselinformationen vermittelt, um Anleger bei der Prüfung der Frage, ob sie in die betreffenden Wertpapiere investieren sollten, behilflich zu sein.

A.2 Zustimmung des Emittenten oder der für die Erstellung des Prospekts verantwortlichen Person zur Verwendung des Prospekts für die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung von Wertpapieren durch Finanzintermediäre

Angabe der Angebotsfrist, innerhalb deren die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung von Wertpapieren durch Finanzintermediäre erfolgen kann und für die die Zustimmung zur Verwendung des Prospekts erteilt wird

Alle sonstigen klaren und objektiven Bedingungen, an die die Zustimmung gebunden ist und die für die Verwendung des Prospekts relevant sind

Deutlich hervorgehobener Hinweis für die Anleger, dass Informationen über die Bedingungen des Angebots eines

Die Emittentin erteilt allen Kreditinstituten im Sinne der Richtlinie 2006/48/EC, die als Finanzintermediäre handeln und die Schuldverschreibungen weiterveräußern oder endgültig platzieren (die "**Finanzintermediäre**") ihre Zustimmung zur Verwendung des Prospekts für die Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der unter diesem Programm begebenen Schuldverschreibungen während des maßgeblichen Angebotszeitraums vorausgesetzt, dass der Prospekt zu diesem Zeitpunkt gemäß § 6a KMG, welche Bestimmung die Prospektrichtlinie umsetzt, noch gültig ist.

Die Zustimmung der Emittentin zur Verwendung des Prospekts für die Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch Finanzintermediäre wird unter der Voraussetzung erteilt, dass (i) der Prospekt einschließlich etwaiger Nachträge und der maßgeblichen Endgültigen Bedingungen künftigen Anlegern zur Verfügung gestellt wird und (ii) jeder Finanzintermediär sicherstellt, dass er nur im Einklang mit allen maßgeblichen in diesem Prospekt enthaltenen Verkaufsbeschränkungen und allen maßgeblichen anwendbaren Gesetzen und Verordnungen von diesen Dokumenten Gebrauch macht.

In den maßgeblichen endgültigen Bedingungen kann die Emittentin weitere Bedingungen für ihre Zustimmung zur Verwendung des Prospekts festlegen.

Im Falle eines Angebots durch einen Finanzintermediär, hat der Finanzintermediär den Anlegern Informationen über die Bedingungen des Angebots zum Zeitpunkt der Vorlage des Angebots zur Verfügung zu stellen.

Finanzintermediärs von diesem zum Zeitpunkt der Vorlage des Angebots zur Verfügung zu stellen sind

B. Die Emittentin

- B.1** Gesetzliche und kommerzielle Bezeichnung Die gesetzliche Bezeichnung der Emittentin ist "Erste Group Bank AG", ihre kommerzielle Bezeichnung lautet "Erste Group". "**Erste Group**" bezieht sich auch auf die Erste Group Bank und ihre konsolidierten Tochtergesellschaften.
- B.2** Sitz und Rechtsform des Emittenten, das für den Emittenten geltende Recht und Land der Gründung der Gesellschaft Die Erste Group Bank ist eine nach österreichischem Recht gegründete und österreichischem Recht unterliegende Aktiengesellschaft, die im Firmenbuch des Handelsgerichts Wien unter der Firmenbuchnummer FN 33209m eingetragen ist. Der Sitz der Erste Group Bank liegt in Wien, Österreich. Sie hat ihre Geschäftsanschrift unter der Adresse Graben 21, 1010 Wien, Österreich.
- B.4b** Alle bereits bekannten Trends, die sich auf den Emittenten und die Branchen, in denen er tätig ist, auswirken. Die jüngste weltweite Finanzkrise führte sowohl national wie international zu zunehmenden Bestrebungen seitens der Aufsichtsbehörden, neue Beschränkungen für die Finanzbranche (der die Emittentin angehört) einzuführen und bestehende restriktiver zu handhaben. Aufsichtsrechtliche Änderungen oder Initiativen zur Durchsetzung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen könnten die Finanzbranche weiter negativ beeinträchtigen. Neue gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Erfordernisse und eine Änderung des angemessenen angenommenen Niveaus für Eigenmittel, Liquidität und Leverage könnten zu höheren Anforderungen an und Standards für Eigenmittel und Liquidität führen. Von der Finanzkrise ausgelöste Handlungen von Regierungen und Zentralbanken könnten die Wettbewerbssituation maßgeblich beeinträchtigen und die Anleger, die in Finanzinstituten veranlagt sind, beeinflussen.
- B.5** Ist der Emittent Teil einer Gruppe, eine Beschreibung der Gruppe und der Stellung des Emittenten innerhalb dieser Gruppe Die "Erste Group" besteht aus der Erste Group Bank und ihren Tochterunternehmen und Beteiligungen, einschließlich Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG in Österreich, Česká spořitelna in der Tschechischen Republik, Banca Comercială Română in Rumänien, Slovenská sporiteľňa in der Slowakischen Republik, Erste Bank Ungarn in Ungarn, Erste Bank Kroatien in Kroatien, Erste Bank Serbien in Serbien und, in Österreich der Salzburger Sparkasse, Tiroler Sparkasse, s-Bausparkasse, anderen Sparkassen des

Haftungsverbunds, Erste Group Immorent und weiterer. Die Erste Group Bank fungiert als Muttergesellschaft der Erste Group und ist das Spitzeninstitut des österreichischen Sparkassensektors.

B.9 Gewinnprognosen und -schätzungen

Entfällt; die Emittentin gibt keine Gewinnprognosen oder -schätzungen ab.

B.10 Art etwaiger Einschränkungen der Bestätigungsvermerke zu den historischen Finanzinformationen

Entfällt; es bestehen keine Einschränkungen der Bestätigungsvermerke.

B.12 Ausgewählte historische Finanzinformationen

in Millionen Euro	31.12.2012	31.12.2011
Summe der Aktiva	213.824,0	210.006,3
Kapital	16.338,5	15.180,0
Zinsüberschuss	5.235,3	5.569,0
Jahresgewinn/-verlust vor Steuern	801,2	(322,1)
Jahresgewinn/-verlust	631,0	(562,6)
Jahresgewinn/-verlust den Eigentümern des Mutterunternehmens zurechenbar	483,5	(718,9)

Quelle:

Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2012 und 2011

in Millionen Euro	31.3.2013	31.12.2012
Summe der Aktiva	212.990	213.824
Kapital	16.430	16.339
in Millionen Euro	31.3.2013	31.3.2012
Zinsüberschuss	1.240,6	1.336,9
Periodengewinn/-verlust vor Steuern	301,4	487,1
Periodengewinn/-verlust	235,0	379,9
Periodengewinn/-verlust den Eigentümern des Mutterunternehmens zurechenbar	176,2	346,5

Quelle:

Ungeprüfter verkürzter konsolidierter Zwischenbericht der Emittentin zum 31.3.2013

Erklärung, dass sich die Aussichten des Emittenten seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert

Zum Datum dieses Prospekts haben sich die Aussichten der Emittentin seit dem Datum des Geschäftsberichts der Emittentin für das Geschäftsjahr 2012, der den letzten konsolidierten Jahresabschluss der Emittentin enthält, nicht wesentlich verschlechtert.

- haben, oder beschreiben
Sie jede wesentliche
Verschlechterung,
- Beschreibung wesentlicher
Veränderungen bei der
Finanzlage oder
Handelsposition des
Emittenten, die nach dem
von den historischen
Finanzinformationen
abgedeckten Zeitraum
eingetreten sind.
- B.13** Beschreibung aller
Ereignisse aus der
jüngsten Zeit der
Geschäftstätigkeit des
Emittenten, die für die
Bewertung seiner
Zahlungsfähigkeit in
hohem Maße relevant sind.
- B.14** Ist der Emittent Teil einer
Gruppe, Beschreibung der
Gruppe und der Stellung
des Emittenten innerhalb
dieser Gruppe.
- B.15** Haupttätigkeiten des
Emittenten
- B.16** Soweit dem Emittenten
bekannt, ob an ihm
unmittelbare oder
mittelbare Beteiligungen
oder
Beherrschungsverhältnisse
bestehen, wer diese
Beteiligungen hält bzw.
diese Beherrschung
ausübt und welcher Art die
Beherrschung ist.
- Entfällt. Es gab keine wesentliche Veränderungen bei
der Finanzlage oder der Handelsposition der Emittentin,
die nach dem 31.3.2013 eingetreten sind.
- Entfällt; es gibt keine Ereignisse aus der jüngsten Zeit
der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die für die
Bewertung ihrer Zahlungsfähigkeit in hohem Maße
relevant sind.
- Die Emittentin ist das Mutterunternehmen der Erste
Group und daher von der Geschäftsergebnissen aller
Unternehmen, Tochterunternehmen und
Gruppengesellschaften abhängig.
- Die Erste Group bietet ihren Kunden ein umfassendes
Angebot an Dienstleistungen an, welches, abhängig vom
jeweiligen Markt, Einlagenkonto- und
Girokontenprodukte, Hypothekar- und
Verbraucherkreditgeschäft, Investitions- und
Betriebsmittelfinanzierung, Private Banking, Investment
Banking, Asset-Management, Projektfinanzierung,
Außenhandelsfinanzierung, Devisen- und
Valutenhandel, Leasing und Factoring umfasst.
- Nach Maßgabe der jüngsten Stimmrechtsmitteilung,
veröffentlicht am 10.7.2013, waren am 3.7.2013 24,24%
der Aktien der Erste Group Bank der Erste Group Bank
der DIE ERSTE Österreichische Spar-Casse
Privatstiftung („**Erste Stiftung**“) zurechenbar. Dies
beinhaltet Aktien, die von Wiener Städtische
Wechselseitiger Versicherungsverein
Vermögensverwaltung Vienna Insurance Group gehalten
werden, und die auf der Grundlage eines
Syndikatsvertrages zugerechnet werden.
- Nach Maßgabe der jüngsten Stimmrechtsmitteilung,
veröffentlicht am 24.11.2011, wurden 9,98% der Aktien
der Erste Group Bank durch die CaixaBank, S.A. (früher

Criteria Caixacorp, S.A.) gehalten (dabei bleiben die Erhöhungen des Aktienkapitals der Erste Group Bank, die nach diesem Datum stattgefunden haben, ebenso unberücksichtigt wie der Umstand, dass CaixaBank von der Erste Stiftung im Jahr 2012 1.000.000 zusätzliche Aktien der Erste Group Bank erworben hat).

Nach Maßgabe der jüngsten Stimmrechtsmitteilung, veröffentlicht am 9.1.2013, wurden 4,42% der Aktien der Erste Group Bank von der Austria Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit Privatstiftung gehalten.

B.17 Die Ratings, die im Auftrag des Emittenten oder in Zusammenarbeit mit ihm beim Ratingverfahren für den Emittenten oder seine Schuldtitel erstellt wurden

Den Schuldverschreibungen sind folgende Ratings zugewiesen: Nicht anwendbar; die Schuldverschreibungen verfügen über kein Rating.

Der Emittentin wurden zum 26.2.2013 folgende Ratings zugewiesen:

Standard & Poors erteilte folgende Ratings:

Langfristige Einlagen	Kurzfristige Einlagen	Nachrangige Schuldverschreibungen	Ausblick
A	A-1	BBB	negativ

Moody's erteilte folgende Ratings

	Langfristige Einlagen	Kurzfristige Einlagen	Ausblick
Erste Group Bank AG	A3	P-2	negativ
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	-	-
Hypothekenpfandbriefe	Aaa	-	-
Nachrangig	Ba1	-	-

Fitch erteilte folgende Ratings

Langfristige Einlagen	Kurzfristige Einlagen	Ausblick
A	F1	stabil

C. Die Wertpapiere

C.1 Beschreibung von Art und Gattung der angebotenen und/oder zum Handel zuzulassenden Wertpapiere,

Gattung und Art

Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber und sind durch eine Dauerglobalurkunde verbrieft. Einzelurkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.

Begebung in Serien

einschließlich jeder Wertpapierkennung:	Die Schuldverschreibungen werden mit der Serien-Nummer 5, Tranchen-Nummer 1 begeben.
	Wertpapierkennnummern
	ISIN: AT000B119813
	WKN: EB0CBG
C.2 Währung der Wertpapieremission:	Die Schuldverschreibungen werden in Euro begeben.
C.5 Beschreibung aller etwaigen Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit der Wertpapiere:	Nicht anwendbar. Die Schuldverschreibungen sind frei übertragbar.
C.8 Beschreibung der mit den Wertpapieren verbundenen Rechte einschließlich der Rangordnung und der Beschränkungen dieser Rechte:	<p>Die Zinszahlungen der Schuldverschreibungen sind von der Wertentwicklung eines zugrunde liegenden Korbs von Aktien abhängig.</p> <p>Der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen ist nicht von der Wertentwicklung eines zugrunde liegenden Korbs von Aktien abhängig.</p>
	Status
	Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, unbesicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander, und (soweit nicht gesetzliche Ausnahmen anwendbar sind und ohne das Vorgenannte einzuschränken) die Zahlungspflichten der Emittentin gemäß den Schuldverschreibungen haben den gleichen Rang wie alle anderen gegenwärtigen und zukünftigen unbesicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin.
	Kündigung
	Im Falle des Eintritts einer der Kündigungsgründe ist jeder Gläubiger berechtigt, die von ihm gehaltene Schuldverschreibung zu kündigen und die sofortige Rückzahlung in Höhe de(s)(r) Rückzahlungs(betrages)(beträge) zuzüglich aufgelaufener Zinsen (falls vorhanden) bis zum (allerdings ausschließlich) Rückzahlungstag, zu verlangen.
C.9 - Zinssatz	Zinssatz
	Die Zinsen sind von der Wertentwicklung eines zugrunde liegenden Korbs von Aktien abhängig und zahlbar vom Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich).
-	Verzinsungsbeginn
	Der Verzinsungsbeginn der Schuldverschreibungen ist der 13.09.2013

- Zinszahlungstage

Zinszahlungstage

Jeweils am 13.09. eines jeden Jahres

- Beschreibung des Basiswerts, auf den sich der Zinssatz bezieht.

Die Zinsen sind von der Wertentwicklung eines zugrunde liegenden Korbs von Aktien abhängig.

- Fälligkeitstag einschließlich der Rückzahlungsverfahrens

Fälligkeitstag

Der Fälligkeitstag der Schuldverschreibungen ist 13.09.2019

Rückzahlungsverfahren

Zahlungen von Kapital auf die Schuldverschreibungen erfolgen an das Clearingsystem oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearingsystems

- Angabe der Rendite

Rendite

Nicht anwendbar

- Name des Vertreters der Schuldtitelinhaber

Name des Vertreters der Gläubiger

Nicht anwendbar. Es wurde kein Gemeinsamer Vertreter in den Emissionsbedingungen bestellt.

**C.1
0** Erklärung, wenn die Schuldverschreibung eine derivative Komponente bei der Zinszahlung hat, wie sich dies auf den Wert der Anlage auswirkt

Die Zinszahlung der Schuldverschreibungen ist von der Wertentwicklung eines Korbs zugrunde liegender Aktien abhängig.

Der Zinssatz der Schuldverschreibungen entspricht der Summe aus (i) 0,00% und (ii) dem Bonuszinssatz.

Der "**Bonuszinssatz**" entspricht 3,00% reduziert um jeweils 3,00 Prozentpunkten pro Basiswert, dessen Schlusskurs innerhalb der maßgeblichen Zinszahlungstage unmittelbar vorausgehenden Beobachtungsperiode an mindestens einem Beobachtungstage der Barriere entsprochen hat oder niedriger als diese war.

Die Beobachtungsperiode, die Beobachtungstage, die Barriere und die Zinszahlungstage werden in den Bedingungen der Schuldverschreibungen bestimmt und in den endgültigen Bedingungen der Schuldverschreibungen wiedergegeben.

**C.1
1** Es ist anzugeben, ob für die angebotenen Wertpapiere ein Antrag auf Zulassung zum Handel gestellt wurde oder werden soll, um sie an einem

Die Zulassung der Schuldverschreibungen zum Geregelteten Freiverkehr der Wiener Börse AG wurde beantragt.

geregelten Markt oder anderen gleichwertigen Märkten zu platzieren, wobei die betreffenden Märkte zu nennen sind.

C.1 5 Beschreibung, wie der Wert der Anlage durch den Wert des Basisinstruments/der Basisinstrumente beeinflusst wird, es sei denn, die Wertpapiere haben eine Mindeststückelung von 100.000 EUR.

Die Schuldverschreibungen sind von der Wertentwicklung eines zugrunde liegenden Korbs von Aktien abhängig.

Die Rückzahlung der Schuldverschreibungen ist nicht von der Wertentwicklung eines zugrunde liegenden Aktienkorbs abhängig.

C.1 6 Verfallstag oder Fälligkeitstermin der derivativen Wertpapiere – Ausübungstermin oder letzter Referenztermin.

Fälligkeitstag

Der Fälligkeitstag für die Schuldverschreibungen ist 13.09.2019

Ausübungstag

Nicht anwendbar. Die Schuldverschreibungen müssen nicht von den Gläubigern ausgeübt werden.

Bewertungstag (finaler Referenztermin)

Nicht anwendbar

C.1 7 Beschreibung des Abrechnungsverfahrens für die derivativen Wertpapiere.

Alle Zahlungen der Schuldverschreibungen werden von dem Emittenten zu dem Clearing-System für eine Zahlung durch die Depotbanken an die Gläubiger der Schuldverschreibungen durchgeführt.

C.1 8 Beschreibung der Rückgabemodalitäten bei derivativen Wertpapieren.

Zahlungen eines Geldbetrags am Fälligkeitstag.

C.1 9 Ausübungspreis oder endgültiger Referenzpreis des Basiswerts.

Nicht anwendbar

C.2 0 Beschreibung der Art des Basiswerts und Angabe des Ortes, an dem Informationen über den Basiswert erhältlich sind.

Typ: Aktienkorb

Aktien-emittent	ISIN	Art	Börse	Bildschirm-seite
Andritz AG	AT0000730007	Stamm-aktie	Wiener Börse	ANDR.VI
Erste Group Bank AG	AT0000652011	Stamm-aktie	Wiener Börse	ERST.VI
Immofinanz AG	AT0000809058	Stamm-aktie	Wiener Börse	IMFI.VI

OMV AG	AT0000743059	Stamm- aktie	Wiener Börse	OMVV.VI
Voestalpine AG	AT0000937503	Stamm- aktie	Wiener Börse	VOES.VI

Informationen bezüglich des zugrunde liegenden Korbs von Aktien kann auf den oben angegebenen Bildschirmseiten eingesehen werden.

D. Risiken

D.2 Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die dem Emittenten eigen sind.

Risiken in Bezug auf das Geschäft der Erste Group

- Die schwierigen volkswirtschaftlichen Bedingungen und die Bedingungen am Finanzmarkt können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und Ertragslage sowie die Zukunftsaussichten der Erste Group haben.
- Die Erste Group wurde und kann weiterhin von der anhaltenden europäischen Staatsschuldenkrise beeinflusst und zu Abschreibungen von Staatsanleihen einiger Länder gezwungen werden.
- Die Erste Group hat und könnte in Zukunft auch weiterhin eine Verschlechterung der Bonität aufgrund von Finanzkrisen oder Konjunkturschwächen erfahren.
- Die Erste Group unterliegt einem erheblichen Gegenparteiisiko, und Ausfälle von Gegenparteien können zu Verlusten führen, die die Rückstellungen der Erste Group übersteigen.
- Die Absicherungsstrategien der Erste Group könnten sich als unwirksam erweisen.
- Die Erste Group ist sinkenden Werten der Sicherheiten für Geschäftskredite und private Immobilienkredite ausgesetzt.
- Marktschwankungen und Volatilität können sich negativ auf den Wert der Vermögenswerte der Erste Group auswirken, Rentabilität reduzieren und es schwieriger machen, den Fair Value bestimmter Vermögenswerte festzustellen.
- Die Erste Group unterliegt dem Risiko, dass Liquidität nicht ohne weiteres zur Verfügung steht.
- Ratingagenturen können ein Rating der Erste Group Bank oder eines Landes, in dem die Erste Group tätig ist, aussetzen, herabstufen oder zurückziehen, was sich negativ auf die Refinanzierungsbedingungen der Erste Group Bank, insbesondere auf den Zugang zu den Fremdkapitalmärkten, auswirken kann.
- Neue staatliche oder aufsichtsrechtliche Anforderungen und Änderungen von Eigenkapitalquoten und des Verschuldungsgrades könnten die Erste Group erhöhten Eigenkapitalanforderungen oder Standards unterwerfen und die Aufbringung von zusätzlichem Kapital oder zusätzlicher Liquidität in Zukunft erforderlich machen.
- Trotz Risikomanagement und internen Kontrollverfahren kann die Erste Group unbekanntem und unerwarteten Risiken ausgesetzt sein.
- Das Geschäft der Erste Group unterliegt operativen Risiken.
- Die Erste Group könnte Schwierigkeiten haben, qualifizierte Mitarbeiter anzuwerben oder zu binden.
- Ein Ausfall, eine Unterbrechung oder eine Verletzung von Sicherheitsbestimmungen von Informationssystemen der Erste Group, sowie

jegliche Nicht-Aktualisierung dieser Systeme, kann Geschäfts- und andere Verluste zur Folge haben.

- Die Erste Group könnte gezwungen sein, angeschlagenen Banken im Haftungsverbund finanzielle Unterstützung zu gewähren, was zu bedeutenden Kosten und einer Bindung ihrer Ressourcen führen könnte.
- Zinsänderungen werden durch viele Faktoren verursacht, die außerhalb des Einflussbereichs der Erste Group liegen, und solche Änderungen können wesentliche negative Auswirkung auf ihr Finanzergebnis und ihren Zinsüberschuss haben.
- Da ein großer Teil der Aktivitäten, Vermögenswerte und Kunden der Erste Group auf Länder in Zentral und Osteuropa, die nicht der Eurozone angehören, konzentriert sind, sind die Erste Group und ihre Kunden Währungsrisiken ausgesetzt.
- Es könnte für Erste Group nicht möglich sein, BCR wieder in die Gewinnzone zu bringen oder könnte Erste Group gezwungen sein, weitere Wertberichtigungen auf frühere Akquisitionen vorzunehmen.
- Veränderungen der Sicherheitsstandards der EZB könnten negative Auswirkungen auf die Finanzierung der Erste Group und deren Eindeckung mit Liquidität haben.
- Die Erste Group ist in einem wettbewerbsintensiven Markt tätig und konkurriert mit großen internationalen Finanzinstituten wie auch etablierten lokalen Mitbewerbern.
- Die Hauptaktionäre der Erste Group können Aktionärsmaßnahmen kontrollieren.
- Vereinbarungen mit der Republik Österreich könnten die Geschäftstätigkeit der Erste Group und der Erste Bank Österreich beeinflussen.
- Die Einhaltung von Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung bringt erhebliche Kosten und Aufwendungen mit sich und die Nichteinhaltung dieser Vorschriften hat schwerwiegende rechtliche sowie reputationsmäßige Folgen.
- Änderungen in der Konsumentenschutzgesetzgebung sowie in der Anwendung und Auslegung solcher Gesetze können zu einer Beschränkung jener Gebühren und anderer Preise führen, welche die Erste Group für bestimmte Bankentransaktionen in Rechnung stellt und könnte es Konsumenten ermöglichen, einen Teil der bereits in der Vergangenheit bezahlten Gebühren zurückzufordern.
- Die Eingliederung von potentiellen zukünftigen Akquisitionen kann zu zusätzlichen Herausforderungen führen.

Risiken in Bezug auf die Märkte, in denen die Erste Group tätig ist

- Der Ausstieg eines Landes oder mehrerer Länder aus der Eurozone könnte unvorhersehbare Folgen für das Finanzsystem und die Wirtschaft über die Eurozone hinaus haben und möglicherweise zu einer Abnahme des Geschäftsvolumens, Abschreibungen auf Vermögenswerte und Verluste über das gesamte Geschäft der Erste Group hinweg führen.
- Die Erste Group ist in Schwellenmärkten tätig, die möglicherweise schnellen wirtschaftlichen oder politischen Änderungen unterworfen sind; diese Änderungen können sich negativ auf ihre Finanz- und Ertragslage auswirken.
- Zugesagte EU-Gelder könnten nicht freigegeben werden oder weitere Hilfsprogramme könnten von der EU nicht gebilligt werden.
- Der Verlust des Verbrauchervertrauens in das Geschäft der Erste Group oder in Bankgeschäfte im Allgemeinen könnte zu unerwartet hohen Abhebungen von Kundengeldern führen, was sich wesentlich nachteilig auf die Ergebnisse, Finanzlage und Liquidität der Gruppe auswirken könnte.

- Liquiditätsprobleme in bestimmten Ländern in Zentral und Osteuropa können sich auch über die Länder in Zentral und Osteuropa hinaus ausbreiten und die Geschäftsergebnisse und Finanzlage der Erste Group nachteilig beeinflussen.
- Regierungen in Ländern, in denen die Erste Group tätig ist, können auf Finanz- und Wirtschaftskrisen mit höheren Schutzzöllen, Verstaatlichungen oder ähnlichen Maßnahmen reagieren.
- Die Erste Group kann durch ein langsames Wachstum oder eine Rezession im Bankensektor, in dem sie tätig ist, sowie durch eine langsamere Ausbreitung in der Eurozone und der EU nachteilig beeinflusst werden.
- Die Rechtssysteme und Verfahrensvorschriften in vielen Ländern in Zentral und Osteuropa und insbesondere in den Ländern Osteuropas sind noch nicht vollständig ausgereift.
- Anwendbare Insolvenzgesetze und andere Gesetze und Vorschriften in Bezug auf Gläubigerrechte in bestimmten Ländern in Zentral und Osteuropa können die Fähigkeit der Erste Group einschränken, Zahlungen auf notleidende Kredite und Auszahlungen zu erhalten.
- Die Erste Group ist möglicherweise zur Beteiligung an oder Finanzierung von staatlichen Programmen zur Unterstützung von Banken oder zur Finanzierung von Haushaltskonsolidierungsprogrammen verpflichtet, einschließlich durch die Einführung von Bankensteuern oder anderen Abgaben.

D.3, D.6 Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die den Wertpapieren eigen sind.

D.6

RISIKOHINWEIS: Anleger sollten bedenken, dass sie ihren Kapitaleinsatz ganz oder teilweise verlieren könnten, wobei die Haftung des Anlegers aber auf den Wert seiner Anlage (einschließlich Spesen) beschränkt ist.

- Faktoren, die sich ungünstig auf die Wertentwicklung der Aktien auswirken, beeinträchtigen auch den Wert und den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen.
- Sich auf Aktien beziehende Schuldverschreibungen berücksichtigen insbesondere keine Dividenden und sonstige Ausschüttungen.
- Wertpapierinhaber haben keine Ansprüche gegenüber der Aktienemittentin.
- Bestimmte Ereignisse in Bezug auf die Aktie können zu Anpassungen oder zur vorzeitigen Rückzahlung der Schuldverschreibungen führen.

Risikofaktoren in Bezug auf Interessenkonflikte

Die Emittentin kann Aktivitäten unternehmen, die gewisse Interessenskonflikte beinhaltet und den Wert der Schuldverschreibungen berührt.

Risikofaktoren in Bezug auf die Preisgestaltung

- Der Emissionspreis der Schuldverschreibungen kann eine Marge auf den mathematischen (fairen) Wert der Schuldverschreibung beinhalten.
- Da die Emittentin bei der Bestimmung des Wertpapierpreises im Sekundärmarkt neben dem mathematischen (fairen) Wert der Schuldverschreibungen insbesondere den Ausgabeaufschlag (Agio), die Spanne zwischen Geld- und Briefkursen sowie Provisionen und andere Entgelte berücksichtigen wird, können die von der Emittentin gestellten Kurse erheblich von dem fairen Wert der Schuldverschreibungen abweichen

Allgemeine Risiken im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen

- Für den Fall, dass Schuldverschreibungen vor ihrer Fälligkeit zurückgezahlt werden, ist ein Gläubiger dieser Schuldverschreibungen Risiken ausgesetzt wie zum Beispiel dem Risiko, dass seine Anlage eine geringere Rendite als erwartet aufweist (Risiko der vorzeitigen Rückzahlung).

- Die Emissionsbedingungen sehen Beschlüsse der Gläubiger vor, daher können bestimmte Rechte eines Gläubigers durch Beschlüsse geändert, eingeschränkt oder sogar aufgehoben werden, was sich auf den Gläubiger negativ auswirken kann.
- Die Emissionsbedingungen sehen die Ernennung eines Gemeinsamen Vertreters vor, daher kann ein Gläubiger sein individuelles Recht auf Geltendmachung und Durchsetzung seiner Rechte gemäß den maßgeblichen Emissionsbedingungen gegen die Emittentin verlieren.
- Ein österreichisches Gericht kann einen Kurator für die Schuldverschreibungen ernennen, der die Rechte und Interessen der Gläubiger in deren Namen ausübt und wahrnimmt, wodurch die Möglichkeit der Gläubiger zur individuellen Geltendmachung ihrer Rechte aus den Schuldverschreibungen eingeschränkt werden kann.
- Gemäß der EU-Zinsrichtlinie gilt Folgendes: Soweit Zahlungen durch eine Zahlstelle in einem Staat geleistet oder eingezogen werden, der ein System des Steuereinbehalts anwendet und sofern von dieser Zahlung ein Steuerbetrag oder ein Betrag in Bezug auf Steuern einbehalten wird, so wäre weder die Emittentin noch eine Zahlstelle noch eine sonstige Person verpflichtet, infolge der Auferlegung dieser Quellensteuer zusätzliche Beträge auf eine Schuldverschreibung zu zahlen (keine Steuerausgleichszahlungen, "no gross-up").
- Die Ratings von Schuldverschreibungen berücksichtigen unter Umständen nicht sämtliche Risiken einer Anlage in diese Schuldverschreibungen angemessen und können ausgesetzt, herabgestuft oder zurückgenommen werden, was den Marktwert und den Handelspreis der Schuldverschreibungen beeinträchtigen kann.
- Die Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Recht und Änderungen der anwendbaren Gesetze, Verordnungen oder aufsichtsrechtlicher Regelungen können nachteilige Auswirkungen auf die Emittentin, die Schuldverschreibungen und die Gläubiger haben.

Allgemeine marktbezogene Risiken

- Die Gläubiger sind dem Risiko ausgesetzt, dass die Emittentin Zins- bzw. Tilgungszahlungen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen nicht ganz oder teilweise nicht leistet.
- Die Gläubiger der Schuldverschreibungen übernehmen das Risiko einer Ausweitung des Kredit-Spreads der Emittentin, was zu einem Fallen des Kurses der Schuldverschreibungen führen kann.
- Der Gläubiger kann dem Risiko ausgesetzt sein, dass die tatsächliche Rendite aufgrund einer künftigen Geldentwertung (Inflation) sinkt.
- Es besteht keine Gewissheit, dass ein liquider Sekundärmarkt für die Schuldverschreibungen entsteht oder, falls er entstehen wird, oder sofern er entstehen wird, dass er fortbestehen wird. In einem illiquiden Markt könnte es sein, dass ein Gläubiger seine Schuldverschreibungen nicht zu angemessenen Marktpreisen veräußern kann.
- Keine Rückschlüsse aus dem angegebenen Gesamtnennbetrag bei "bis zu" Schuldverschreibungen
- Es besteht das Risiko, dass der Handel mit den Schuldverschreibungen oder Basiswerten ausgesetzt, unterbrochen oder aufgehoben wird, was sich auf den Kurs solcher Schuldverschreibungen nachteilig auswirken kann.
- Die Gläubiger sind dem Risiko einer ungünstigen Marktpreisentwicklung ihrer Schuldverschreibungen ausgesetzt, welches sich materialisiert, sobald der Gläubiger die Schuldverschreibungen vor ihrer Endfälligkeit verkauft.
- Wechselkursrisiken können entstehen, wenn die Finanzgeschäfte eines Gläubigers auf eine andere Währung oder Währungseinheit lauten als die festgelegte Währung, in der die Emittentin Kapital- und Zinszahlungen vornimmt. Darüber hinaus können Regierungs- und Währungsbehörden Devisenkontrollen einführen, die sich nachteilig auf einen anwendbaren Wechselkurs auswirken könnten.
- Sofern ein Darlehen oder Kredit zur Finanzierung des Erwerbs der Schuldverschreibungen verwendet wird, kann dies die möglichen Verluste erheblich

steigern.

- Die insbesondere mit dem Kauf und Verkauf der Schuldverschreibungen zusammenhängenden Nebenkosten können sich erheblich auf das Gewinnpotenzial der Schuldverschreibungen auswirken.
- Die Gläubiger müssen sich auf die Funktionalität des maßgeblichen Clearingsystems verlassen.
- Die Gläubiger sollten beachten, dass sich das anwendbare Steuerregime zu ihrem Nachteil ändern kann; die steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in die Schuldverschreibungen sollten daher sorgfältig geprüft werden.
- Bestimmte Anlagen können durch rechtliche Anlageerwägungen eingeschränkt sein

Risiken im Zusammenhang mit FATCA

E. Angebot

E.2b	Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse, sofern diese nicht der Gewinnerzielung und/oder der Absicherung bestimmter Risiken liegt.	Der Nettoerlös einer Emission von Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für ihre allgemeinen Finanzierungszwecke und zur Gewinnerzielung verwendet, was auch dem Grund des Angebotes entspricht.
E.3	Beschreibung der Angebotskonditionen	Gesamtnennbetrag bis zu EUR 20.000.000 Ausgabepreis 100,30% Mindest-/Höchstzeichnungsvolumen Mindestzeichnungsvolumen EUR 1.000 Art der Verteilung Diverse Finanzdienstleister in Österreich Andere oder weitere Bedingungen Nicht anwendbar
E.4	Beschreibung aller für die Emission/das Angebot wesentlichen Interessen, einschließlich potentieller Interessenkonflikte.	Die Emittentin kann von Zeit zu Zeit in Bezug auf die Schuldverschreibungen in anderen Funktionen tätig werden, zum Beispiel als Berechnungsstelle, was es der Emittentin ermöglichen kann, den Wert des Basiswerts oder eines anderen Referenzwertes zu berechnen oder die Zusammensetzung des Basiswerts festzulegen, wodurch Interessenkonflikte entstehen können, wenn Wertpapiere oder andere Werte, die von der Emittentin selbst oder einem Konzernunternehmen ausgegeben werden, als Basiswert ausgewählt werden können oder wenn die Emittentin Geschäftsbeziehungen mit dem

Emittenten oder dem Schuldner dieser Wertpapiere oder anderen Vermögenswerten hat.

Die Emittentin kann von Zeit zu Zeit Transaktionen, die mit dem Basiswert verbunden sind, für ihre Eigenhandelskonten oder von ihr verwaltete Konten durchführen. Derartige Transaktionen können einen positiven oder negativen Effekt auf den Wert des Basiswerts oder etwaige andere Vermögenswerte haben und somit auch auf den Wert der Schuldverschreibungen.

Die Emittentin kann weitere derivative Finanzinstrumente in Bezug auf den jeweiligen Basiswert ausgeben und die Einführung solcher mit den Schuldverschreibungen im Wettbewerb stehender Produkte in den Markt kann sich auf den Wert der Schuldverschreibungen auswirken.

Die Emittentin kann alle oder Teile der Erlöse aus dem Verkauf der Schuldverschreibungen verwenden, um Absicherungsgeschäfte abzuschließen, die den Wert der Schuldverschreibungen beeinflussen können.

Die Emittentin kann nicht-öffentliche Informationen in Bezug auf den Basiswert erhalten und ist nicht verpflichtet solche Informationen an die Inhaber der Schuldverschreibungen weiterzugeben. Zudem kann die Emittentin Research-Berichte in Bezug auf den Basiswert publizieren. Tätigkeiten der genannten Art können bestimmte Interessenkonflikte mit sich bringen und sich auf den Wert der Schuldverschreibungen auswirken.

E.7	Schätzung der Ausgaben, die dem Anleger vom Emittenten oder Anbieter in Rechnung gestellt werden.	3,00% des Nennbetrages (die Höhe der Vergütung kann in Abhängigkeit von der Marktentwicklung während des Angebotszeitraumes auch niedriger, nicht jedoch höher als 3,00% je Nennbetrag sein)
------------	---	--